

Positionspapier Bildungsfinanzierung

Didacta Verband fordert: Bessere Bildung gehört in den Koalitionsvertrag – genauso wie ein Sofort-Investitionsprogramm für die Bildung!

Es besteht seit vielen Jahren ein Finanzierungsdefizit in Deutschland – nicht nur in Bereichen wie Verteidigung und Infrastruktur. Auch der Bildungsbereich weist eine chronische Unterfinanzierung von fast 55 Milliarden Euro allein bei der Schul-Infrastruktur auf. Hinzu kommt die prekäre Lage der frühen Bildung, deren finanzielle und personelle Ausstattung im ganzen Land noch weit unter den wissenschaftlichen Empfehlungen liegt. Die Haushaltslage der Kommunen lässt immer weniger Spielräume für Zukunftsinvestitionen.

Diese Finanzlücke muss durch Bund und Länder dringend geschlossen werden. Darauf weist der Didacta Verband der Bildungswirtschaft die zukünftige Bundesregierung mit Blick auf die aktuellen Koalitionsverhandlungen nachdrücklich hin.

Unser Land kann sich ein Absinken auf Mittelmaß in der Bildung nicht mehr leisten: In internationalen Vergleichsstudien wie PISA, IGLU/PIRLS und TIMSS ist Deutschland zuletzt wieder weiter nach unten gerutscht. Die soziale Schere zwischen Kindern aus bildungsnahen und bildungsfernen Elternhäusern geht weiter auseinander. Aber gute Bildung für alle ist nicht nur moralisch geboten: Bildung stärkt unmittelbar unsere Wirtschaftsleistung und Innovationsfähigkeit, ebenso entlastet sie die Sozialsysteme. Jeder hier investierte Euro zahlt sich mit einer mehrfachen Hebelwirkung aus. Dies bestätigt etwa eine aktuelle [IW-Studie](#): „Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Deutschlands hängt maßgeblich von den Kindern ab“.

Die Bildungswirtschaft kann Bildungseinrichtungen und -träger mit ihrer jahrzehntelangen Expertise und ihren innovativen Lösungen unterstützen und somit zu einem zeitgemäßen und gerechten Bildungssystem beitragen.

Mit Blick auf die Zukunft unseres Kita- und Schulsystems stellt der Didacta Verband daher einen grundlegenden Forderungskatalog auf. Ziel ist es hierbei, Vorgaben und Richtlinien für Kommunen und Träger zu vereinfachen, so dass diese schnell und unkompliziert auf finanzielle Mittel zugreifen können. Dadurch kann die dringend notwendige Weiterentwicklung des Bildungssystems vorangebracht werden.

Dies sind die fünf Forderungen des Didacta Verbands:

1. Mindeststandards einführen

Alle Kinder müssen bundesweit gleichwertige Bildungschancen erhalten, unabhängig von der Haushaltslage ihres Bundeslandes oder ihrer Kommune (Prinzip der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, Art. 72 Abs. 2 Grundgesetz). Alle Kitas und Schulen sollten daher zeitgemäße Mindeststandards bei Gebäuden, Ausstattung und der Bildungsqualität erfüllen. Die Verständigung über solche Standards könnte in einem nationalen Gremium erfolgen, in dem neben Bund, Ländern und Kommunen auch weitere Bildungs-Akteurinnen und -Akteure mitwirken. Dafür erforderliche Förderprogramme könnten auch vom

Königsteiner Schlüssel abweichen und sich etwa an sozio-ökonomischen Indices orientieren. Für unsere Kitas brauchen wir ein regelmäßiges Qualitätsmonitoring, um die Einhaltung von Standards objektiv messen und Entwicklungen steuern zu können.

2. Konnexitätsprinzip schärfen

Danach gilt: Die Finanzierung muss konfliktfrei erfolgen. Bund und Länder müssen sicherstellen, dass auf ihrer Ebene keine Aufgaben beschlossen und auf die Kommunen übertragen werden, ohne dass diese für die Mehrbelastung auch einen entsprechenden Ausgleich erhalten. Kostensteigerungen müssen dabei konsequent und laufend berücksichtigt werden.

3. Kommunale Finanzierung neu ordnen

Die kommunalen Träger wurden in den letzten Jahren mit erheblichen Zusatzanforderungen konfrontiert, etwa bei der Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Kitaplatz, der flächendeckenden Einführung von Ganztagsangeboten oder den Betriebs-, Service- und Supportkosten und den Ersatzbeschaffungen als Folge des DigitalPakts Schule. Jeder investierte Euro erzeugt Folgekosten beim Betrieb. Anstelle zeitlich befristeter Förderprogramme mit Einmaleffekt brauchen wir eine sachgerechte Anpassung der Gemeinschaftssteuern für die Bildung. So wird sichergestellt, dass den Kommunen genügend Mittel für Beschaffung, Unterhalt und Erneuerung ihrer schulischen Infrastruktur und zur Finanzierung der gestiegenen Kosten im Kita-Bereich zur Verfügung stehen.

4. Administrative Aufwände verringern

Aus der Erfahrung mit dem DigitalPakt Schule und dem seit über einem Jahr anlaufenden Startchancen-Programm ergibt sich die Notwendigkeit: Bei großen Förderprogrammen muss der administrative Aufwand für Schulen und Schulträger grundlegend reduziert werden, aus Kostengründen und zur Verbesserung ihrer Wirksamkeit. Bürokratische Hürden verhindern oft auch den Zugang zum Kita-System: Wer kein Deutsch spricht, scheitert oft bei der Suche nach einem Platz – obwohl Kinder aus den betroffenen Familien mit Blick auf ihren Schulerfolg besonders von frühen Bildungsangeboten profitieren könnten. Wir brauchen dringend Anreize, damit Zugangshürden flächendeckend abgebaut und die Kita-Teilhabequoten erhöht werden.

5. Drei fokussierte Finanzierungspakete schnüren

Bildungsinvestitionen sollten in drei Säulen aufgeteilt werden: Ein einmaliges Paket, um unseren Rückstand gegenüber vergleichbaren Industrienationen aufzuholen, ein zweites Paket zur laufenden Finanzierung dieses neuen Standards und ein drittes Paket für Zukunftsinvestitionen. Essenziell für die Zukunft ist die durchgängige Förderung von Basis- und Zukunftskompetenzen in Kita und Schule – damit alle Kinder am Schulunterricht teilhaben können und gut für künftige Herausforderungen gewappnet sind.

Der Didacta Verband der Bildungswirtschaft fordert: Prüfen Sie in jedem Fall in den Koalitionsverhandlungen und darüber hinaus alle Möglichkeiten, die eine nachhaltige Finanzierung zeitgemäßer und wirkungsvoller Bildung sicherstellen können – damit Deutschland wieder den Anschluss findet und zu den Besten aufschließt.